

Donnerstag (Vormittag), 9. Dezember 2021 / Jeudi matin, 9 décembre 2021

## **2. Priorität – Staatskanzlei / 2<sup>e</sup> priorité – Chancellerie d'Etat**

**63      2021.RRGR.85      Motion 060-2021 Marti (Bern, SP)**  
**Transparenz über Politikfinanzierung – auch kantonal**

**63      2021.RRGR.85      Motion 060-2021 Marti (Bern, PS)**  
**Transparence sur le financement des partis – aussi au niveau cantonal**

**Le président.** *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Voilà, Mesdames et Messieurs, chères et chers collègues, je vous souhaite la bienvenue à cette nouvelle et dernière journée de session de cet hiver 2021. Le virus n'aura pas eu raison de notre ténacité. Je salue en particulier la présence de M. le chancelier d'Etat Christoph Auer qui est là pour nous accompagner dans ces affaires de deuxième priorité que nous allons aborder aujourd'hui. Il ne nous reste plus que 40 affaires à traiter, autant vous dire qu'il faudra aller vite : les portes ne se rouvriront que quand les 40 affaires auront été traitées. *(Heiterkeit / Hilarité)* Non, je plaisante...

Je vous remercie de prendre place. Je remercie aussi le groupe PEV qui nous a gentiment offert des biscuits pour cette période de l'Avent et de fin d'année à venir. Merci beaucoup. *(Applaus / Applaudissements)*

Nous reprenons notre programme à l'affaire du point numéro 63 de l'ordre du jour. Il s'agit d'une motion. La porte-parole de cette intervention est Mme la députée Marti. Le débat est libre et le gouvernement propose le rejet de cette motion. Mais la motionnaire s'est déclarée prête à accepter le chiffre 1, les chiffres 4, 5 et le chiffre 6 en postulat. Donc, nous allons certainement voter chiffre par chiffre, mais je lui laisse la parole pour nous dévoiler sa vision des choses. Madame la Députée, vous avez la parole. Il faut encore vite vous... anmelden, bitte.

**Ursula Marti, Bern (SP),** Motionärin. Willkommen bei der Priorität 2 – auch wenn das Thema nachträglich inhaltlich durchaus eine sehr hohe Priorität hat. Transparenz über die Politikfinanzierung ist eine wichtige Voraussetzung, damit die Leute Vertrauen in die Politik haben können und eine Demokratie überhaupt funktionieren kann. Die Leute wollen wissen, wer dahintersteckt, wenn ein Plakat oder wenn Inseratekampagnen das Land oder auch den Kanton überziehen oder im Internet prominent aufploppen. Sie müssen es auch wissen, um sich ein umfassendes Bild über eine Vorlage, die Interessen und die Interessengruppen, die damit verbunden sind, machen zu können. Andererseits ist es auch für diejenigen, die sich für eine Vorlage einsetzen, positiv, wenn man ihr Engagement erkennt. Und wenn dieses Engagement redlich ist, gibt es auch nichts zu verstecken.

Es gibt keinen ersichtlichen Grund, gegen die Transparenz zu sein, wenn man für eine ehrliche und für eine faire Meinungsbildung ist. Wichtig dabei ist, dass die Regeln, die festgesetzt werden, praktikabel sind, also mit angemessenem Aufwand handhabbar sind. Es ist zum Beispiel festzulegen, ab welcher Höhe Spenden offenzulegen sind. Kleinspenden sollen nicht betroffen sein. Kleinspenden an Parteien oder Komitees sind sehr wichtig und erwünscht, gerade weil wir ja keine Parteienfinanzierung haben. Mit der genauen Umsetzung der Transparenzregeln würden wir uns dann ja anhand der Gesetzesvorlage befassen, wenn wir heute diesen Schritt machen und den Vorstoss überweisen. Die Idee ist – ausgehend von der nationalen Lösung, die ja von den Parteien sehr breit getragen wird –, auch für die kantonale Ebene einen kohärenten Modus zu finden. Um diese Offenheit zu betonen, dass wir wirklich zusammen zu überlegen können, was für die Parteien machbar ist, haben wir die Ziff. 1, 4, 5 und 6 in ein Postulat umgewandelt – in der Hoffnung, dass das vielen – möglichst allen – jetzt erlaubt, dazu Ja zu sagen.

Die Ziff. 2 und 3 bleiben als Kernforderung als Motion verbindlich. Damit soll sichergestellt werden, dass die Gesetzesarbeit eben wirklich angestossen wird. Nicht so wie beim letzten Mal, als wir einen ähnlichen Vorstoss zwar als Postulat überwiesen haben, die Regierung dann aber zum Schluss kam, dass sie rein gar nichts machen will. Das darf nicht noch einmal passieren. Seither ist auch Zeit vergangen. Transparenz ist heute wirklich in verschiedener Hinsicht das Gebot der Stunde. Auf Bundesebene entsteht eine Transparenzregelung, die ja von den Parteien sehr breit getragen wird. Viele andere Kantone haben schon eine oder sind an der Erarbeitung – ebenso grössere Gemeinden und Städte. Der Kanton Bern ist in guter Gesellschaft, wenn er sich des Themas ebenfalls annimmt. Ich bin mir sicher, dass die Bevölkerung des Kantons Bern dies schätzen wird, und sie darf von uns auch erwarten, dass wir mit dem heutigen Entscheid einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Transparenz machen. Danke für Ihre Unterstützung für all diese 6 Punkte – so, wie sie jetzt angesagt wurden, als Postulat oder als Motion.

**Le président.** Donc, la dépositaire de la motion a effectivement changé les chiffres 1, 4, 5 et 6 en postulat. La parole est au groupe UDC par M. le député Gimmel.

**Roman Gimmel, Thun (SVP),** Fraktionssprecher. Sie haben es gemerkt: Auch dieses Geschäft ist nicht zum ersten Mal hier in diesem Saal. Es ist generell nicht zum erste Mal auf der politischen Bühne. Es ist ein Thema, das uns immer wieder erreicht. Mir ist irgendwie die Schrotflinte in den Sinn gekommen, als Methode zum Vorstoss: Wir können einmal schießen und treffen gleichzeitig verschiedene Ziele – manchmal den Bund, manchmal die Kantone und manchmal eine Kommune. Es hat kürzlich auch Städte erwischt – insbesondere die Stadt Thun war betroffen. Wir haben uns nachher gefragt, welches Problem der Vorschlag, der hier vorliegt, eigentlich lösen will. Bei der Stadt Thun sind wir dann zumindest zum Schluss gekommen, dass dieser Lösungsvorschlag dort kein Problem löst.

Heute erwischt es den Kanton Bern, und wir müssen uns erneut über das gleiche Thema unterhalten. Interessant ist, dass wir sechs Mal über den Campingplatz Fanel gesprochen haben, innert relativ kurzer Zeit. Hiermit werden es auf allen Staatsebenen mehr als sechs Mal sein. Sie können raten, wann dieses Anliegen zum ersten Mal auf den politischen Bühnen auftauchte. Das Internet sagt, dass seit 1975 daran «gchnorzt» wird.

Dieses Mal geht es – vielleicht etwas anders und etwas abgeändert – ausschliesslich um die politischen Parteien. Es geht um die politischen Parteien, die einfach einen Player darstellen auf dem Politparkett. Diese haben wir heute im Visier. Was sind politische Parteien? Politische Parteien sind nichts anderes als Vereine, in denen viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Es sind Vereine wie Musik- oder Sportvereine. Jetzt wollen wir also vom FC X und der MG Y öffentlich wissen, wie viel Geld hineinkommt und wie viel hinausgeht.

Das wäre ja das eine. Wenn ich aber unter Ziff. 4 weiterlese, dann gehen die Forderungen noch weiter. Es wird nicht nur Mehrarbeit für die Vereine, die ehrenamtliche Kassiererinnen etc. geben. Es geht hier um Mehrarbeit für die einzelnen Personen. Vergleichsweise ginge es also nicht nur um die Musikgesellschaft, sondern um die einzelne Posaunistin, und es ginge nicht nur um den Fussballklub, sondern um den Mittelstürmer. Dieser muss dann nämlich ausweisen – wenn Sie das wollen, meine Damen und Herren: «Dieses Plakat hat mich so und so viel Geld gekostet, und für dieses Plakat ist so und so viel Geld hereingekommen.» Wenn man das will, kann man das so machen. Es sieht einfach fürchterlich komisch aus im nächsten Frühling, wenn Sie alle wieder APG- oder Zeitungsinserate machen.

Sie sehen: Das ist ein Lösungsvorschlag, aber er ist wahrscheinlich nicht praktikabel und passt auch nicht. Es steht auch in mehreren der Beschlusspunkte «in bestimmter Höhe». Wahrscheinlich ist «in zu bestimmender Höhe» gemeint. Wir haben es vorhin gehört: Hier geht es wohl nicht um 20 oder 50 Franken, sondern um 1000, 3000 oder 5000 Franken. Das gibt eine unheimliche Maschine, die wir nicht unterstützen wollen. Sie merken: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates auf Ablehnung – für sämtliche Vorstossformen, die hier denkbar sind.

**Haşim Sancar, Bern (Grüne),** Fraktionssprecher. Mit der Transparenz über Politikfinanzierung denken wir an die Offenlegung der Finanzierung von Parteien, ihrer Kandidierenden und der Wahl- und Abstimmungskampagnen. Es geht uns in erster Linie darum, Transparenz zu schaffen.

Die Schweiz ist leider ihren Verpflichtungen diesbezüglich immer noch nicht nachgekommen. Der Schweiz wurde sogar mit der schwarzen Liste des Antikorruptionsorgans des Europarates Groupe d'Etats contre la Corruption (Greco), dem die Schweiz 2006 beigetreten ist, gedroht. Dies, weil sie die Greco-Standards, die seit 2003 vorliegen, immer noch nicht erfüllt. Zum Glück bewegt sich dank einer Initiative jetzt auf der nationalen Ebene etwas. Wir sehen aber, dass gewisse Kreise und ein bestimmtes Establishment Mühe mit der Offenlegung der Politikfinanzierung haben.

Eigentlich müssen wir – wie Transparency International es fordert – die Politikfinanzierung umfassend regulieren. Wie gesagt, national bewegt sich etwas, auch die Stadt Bern hat dank einem Vorstoss des Grünen Bündnisses die Politikfinanzierung mit einer Volksabstimmung rechtlich verankert. Doch der Kanton Bern weigert sich immer noch, obwohl wir hier eine Lücke haben. Die Bevölkerung sollte im Bild sein, wer mit wie viel Geld aus welchen Quellen in der Politik operiert, das ist ihr Recht. Geld kann und soll in der Politik nicht immer und alles bestimmen, auch wenn Geld eine grosse Rolle in der Politik spielt. Es spielt aber vor allem dann eine politische Rolle, wenn es um Mobilisierung geht.

Natürlich ist es nicht einfach, Politikfinanzierung transparent zu machen. Das sollte uns aber nicht daran hindern, uns für mehr Transparenz einzusetzen. Ich bin überzeugt, dass nach einer Weile die Bürokratie um Politiktransparenz eine Routinesache wird. Und wir dürfen die Erwartungen der Bevölkerung nicht vergessen. Für die Bevölkerung ist es interessant, wenn die Parteien ihre Geldmenge und die direkten Geldquellen bekannt geben, und dies nicht nur auf nationaler Ebene und in der Stadt Bern, sondern auch für kantonale Angelegenheiten. Wer hört nicht immer wieder die Aussage: «Woher haben sie nur das Geld für diese Kampagne oder Werbung?»

Die grüne Fraktion ist der Auffassung, dass der Kanton sich nicht hinter der nationalen Ebene verstecken darf und parallel zur nationalen Ebene eigene Kriterien für die Offenlegung der Parteifinanzierung einführen sollte. Mit einem Entscheid der Stadt Bern sollte es uns peinlich sein, uns in dieser Sandwich-Position zwischen der nationalen Ebene und der Stadt Bern einzurichten, indem wir uns gegen mehr Transparenz in der Politikfinanzierung wehren würden. Es ist wichtig und richtig, denn immer wieder tauchen Fälle auf, wo es nötig wäre, solche Transparenzregeln für die Politik zu haben. Die grüne Fraktion unterstützt diese Motion einstimmig.

**Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP),** Fraktionssprecherin. Selbstverständlich unterstützen wir diese Motion. Die EVP hat auch auf Bundesebene an der entsprechenden Initiative mitgewirkt und auch den indirekten Gegenvorschlag unterstützt, der jetzt eben in diesem Jahr in beiden Räten durchgekommen ist.

Die Motion betrifft also ein Thema, an dem die EVP schon lange dran ist. Ich habe mich deshalb gefreut, dass ich bei der Motion mitmachen durfte, und wir hoffen, dass wir den Anstoss dazu geben können, dass auch auf kantonaler Ebene in dieser Beziehung etwas geht.

Wir loben als Politikerinnen und Politiker immer wieder unsere direkte Demokratie und sagen – zu Recht natürlich –, dass sie etwas Besonderes ist. Aber im Hinblick auf die Intransparenz bei der Politikfinanzierung, die wir hier in der Schweiz haben, sind wir alles andere als vorbildlich. In diesem Bereich sind wir den autoritären Staaten näher als unseren mitteleuropäischen Nachbarn, weil wir bis vor kurzem überhaupt keine Regeln hatten.

Es geht uns nicht darum, persönliche Spenden oder Spenden für Abstimmungskämpfe zu verbieten oder irgendjemandem – eben z. B. einem Musikverein, wie das hier schon gesagt wurde – Zusatzarbeit aufzubürden. Aber die Wahl- und Abstimmungskämpfe bringen es eben auch mit sich, dass neben uns Politikerinnen und Politikern und den Parteien auch Verbände, verschiedene Organisationen und Unternehmen – eben sogenannte Interessengruppen – die Finger im Spiel haben. Und wenn man viel Geld investiert, hat man die Erwartung, dass damit auch die eigenen Interessen vertreten werden. Insofern haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein Anrecht darauf zu wissen, wer was mit wie viel Geld unterstützt, und was wovon dann eben unter Umständen gesteuert wird. Aber zum Glück kann man ja bei Abstimmungskämpfen nicht alles mit Geld bewirken.

Auch auf kantonaler Ebene gibt es durchaus solche Interessengruppen. Da sind wir anderer Meinung als die Leute, die hier die Antwort verfasst haben. Ich kann mich noch daran erinnern, dass ich ganz neu im Grossen Rat noch vor der ersten Session vom Kiesverband Post erhalten habe. Auch in den Kantonen gibt es Abstimmungen, bei denen es um viel Geld geht. Das wissen wir ja im Grunde alle. Und wenn wir ehrlich sind, bekommen wir auch Anschauungsunterricht von den Interessensverbänden während der Session – wenn es so Mittagsveranstaltungen gibt, man Briefe erhält usw. Dann geht es eben auch oft um monetäre Interessen.

Zugegeben: Der Abstimmungskampf um das Covid-19-Gesetz hat sich auf Bundesebene abgespielt. Aber wir wissen alle, dass die Befürworter fast nicht präsent waren. Die Gegenseite hingegen war sehr aktiv. Persönlich würde es mich schon interessieren, woher das Geld der Gegner für diesen Abstimmungskampf kam. Vor dem Hintergrund dieser Argumente versteht die EVP nicht, weshalb der Regierungsrat nicht auf die Anliegen von uns Motionärinnen und Motionären eingehen will. Dass es nicht so schwierig ist, zeigt auch die Stadt Bern, die jetzt die Transparenzregeln zu Beginn des neuen Jahrs 2022 einführt. Damit kommt eine gewisse Mehrarbeit auch auf die EVP zu. Aber wir leisten gerne Mehrarbeit, wenn wir eben dadurch auch mehr Transparenz erreichen.

**Beatrice Eichenberger, Biglen (Die Mitte)**, Fraktionssprecherin. Die Mitte-Fraktion ist klar und deutlich für Transparenz. Die Frage hier ist – und das wird ja gerade etwas der Knackpunkt sein: Wo und wie stecken wir den Rahmen von Transparenz? Welche Ansprüche stellen wir an die Transparenz? Wir sind der Meinung, dass der Aufwand und der Nutzen in einem Gleichgewicht sein müssen. Die administrativen Kosten, die durch die verschiedenen verlangten Ziffern ausgelöst würden, sollten für den Kanton in einem überschaubaren und finanzierbaren Rahmen bleiben.

Ausserdem wird es für die meldepflichtigen Parteien und Kandidierenden, die hier in den einzelnen Ziffern gefordert sind, weiteren Aufwand geben, wobei der Mehrwert nicht immer so deutlich sichtbar ist. Transparenz soll sich rechtfertigen, aber auch für alle Beteiligten und Interessierten und am Schluss für die ganze Bevölkerung. Grundsätzlich soll Transparenz nicht hinderlich sein bei der Suche nach Kandidierenden oder Unterstützenden der Kampagne.

Wir befürworten griffige Regeln im Sinne von dem im Juni geänderten Bundesgesetz über die politischen Rechte (BPR). Es wurde bereits genannt – es geht um die Transparenz bei der Politikfinanzierung. Deshalb stimmen wir als Mitte-Fraktion den Ziff. 2 und 3 in Form einer Motion zu. Die Ziff. 1, 4, 5 und 6 überweisen wir als Postulat.

**Le président.** Ah, ça fonctionne. *(Kurzer Unterbruch aufgrund eines technischen Problems. / Brève interruption en raison d'un problème technique.)* Donc, il s'agissait de Mme la députée Beatrice Eichenberger pour le Centre. Et maintenant, je laisse la parole au groupe PS-JS-PSA : Mme la députée Veglio.

**Mirjam Veglio, Zollikofen (SP)**, Fraktionssprecherin. Ich möchte gerade mit einer Frage an Sie beginnen: Was machen Sie, wenn Sie in einen Raum kommen, der ganz dunkel ist? Was machen Sie? Genau. Genau; herkömmlich würden man wohl drücken, einen Schalter kippen, ganz modern fuchtelt man irgendwie, damit Licht wird. Warum machen wir das? Damit wir nicht in etwas hineinflaufen, den Kopf anstossen oder das Knie. Das tut weh, aber es geht vorbei. Und was machen wir, wenn Intransparenz vorhanden ist? Da tappen wir eigentlich auch ein bisschen im Dunkeln, und wir machen im Moment nichts dagegen. Der Schaden ist aber wesentlich grösser, als wenn man das Knie oder den Kopf anschlägt. Es ist nämlich der Verlust des Vertrauens. Und das ist für die Politik verheerend.

In keinem anderen Land können Menschen so häufig abstimmen und wählen wie in der Schweiz; darauf kann man wirklich zu Recht stolz sein. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich eine Meinung bilden, müssen aber wissen, über wie viel Geld die Parteien verfügen, was die Wahlen oder Abstimmungskampagnen kosten und wer die grossen Geldgeberinnen sind, die diese finanzieren. Warum? Weil Transparenz Vertrauen schafft.

Als Politikerinnen und Politiker erhalten wir von der Bevölkerung Vertrauen im Sinne einer Bevorschussung. Vertrauen – das wissen wir alle – ist ein flüchtiges Gut, und ist es einmal weg, ist es nur

schwer wieder aufzubauen. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, deshalb ist für uns die Transparenz so wichtig. Die Politik kostet – das wissen wir auch, und es darf auch etwas kosten. Unsere politischen Argumente brauchen Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, sonst kommen sie ja gar nicht bei den Menschen an. Wenn Geld keinen Einfluss hätte auf die Sichtbarkeit, dann würden nicht immer so hohe Summen in die verschiedenen Kampagnen investiert, und gerade bei der Mobilisierung für Abstimmungen oder Wahlen sind grosszügige finanzielle Mittel doch einfach ein wirklich wichtiger Wettbewerbsvorteil. Problematisch ist das dann, wenn nicht transparent ist, woher das Geld kommt. Es ist also entscheidend, dass wir mit offenen Karten spielen. Es geht nicht darum, Spenden zu verbieten, aber es braucht Klarheit, wer wem wie viel Geld spendet und wer Interesse am Erfolg eines Anliegens oder einer Kandidatur hat. Mit Spenden wird also unmittelbar Einfluss auf die demokratische Meinungsbildung genommen. Deshalb hat unserer Meinung nach die Bevölkerung wirklich ein Recht auf Transparenz. Als Beispiel möchte Hans Stöckli erwähnen: Er hat diese Transparenz bereits bei den letzten Wahlen gelebt und seine Spenden offengelegt. Kippen oder drücken wir also diesen Schalter und machen das Licht in der Politikfinanzierung an und schaffen so mehr Transparenz und stärken das Vertrauen.

Vielleicht noch ein Wort zum Votum von Grossrat Gimmel: Ich glaube, man kann eine politische Partei – auch wenn sie nach Obligationenrecht ein Verein ist – nicht mit einem Kaninchenzüchterverein vergleichen. Wir haben hier doch wesentlich andere Inhalte zu bewältigen, ohne dass ich hier irgendjemandem zu nahetreten will, der Kaninchen züchtet, das ist sicher ein sehr schönes Hobby ... Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Licht geht an, wenn Sie den Knopf mit der grünen Farbe drücken. Im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion danke ich Ihnen dafür.

**Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp)**, Fraktionssprecher. Mirjam hat aus meinem Votum bereits etwas vorweggenommen: Lieber Roman Gimmel, ich schätze dich sehr, aber uns hier mit dem FC X und der Musikgruppe Y zu vergleichen, ist jetzt wirklich sehr weit hergeholt. Eine Musikgruppe kann vielleicht gut oder schlecht spielen – aber sie hat keine legislative Macht, sie macht keine Gesetze. Das ist ein ziemlich grosser Unterschied. Dein Mittelstürmer muss nicht rechtfertigen, weshalb jemand mehr oder weniger Gebühren zahlen muss, oder mehr oder weniger Steuern. Das ist ein ziemlich grosser Unterschied. Auch wenn diese Vereine gleich organisiert sind. Übrigens ist auch der ganz grosse Fussballverband, von dem wir ja wissen, wie viel Geld er hat, auch ein Verein. Dieser ist ja sehr transparent, wie wir alle wissen.

Gut. Wir amüsieren uns immer – oder ärgern uns, je nachdem – über die Korruption in anderen Ländern. Das, was wir hier machen, ist Korruption, nur einfach viel sauberer, weil wir es in der Schweiz viel cleverer machen. Wir verstecken die Korruption schön. Warum will man nicht transparent sein über Ausgaben? Wie viel kostet es, Grossrat zu werden? Das können Sie für sich sagen, aber es gibt Unterschiede. Ich kann Unterschiede nennen. Nicht in Franken, aber Carlos hier neben mir hat bei den letzten Wahlen einen sehr aufwendigen Wahlkampf geführt, sage ich jetzt. Weil ich in diesem Gebiet tätig bin, weiss ich ungefähr, was all diese Plakate etc. kosten. Er hatte ein sehr gut funktionierendes Unternehmen, das er auch verkauft hatte, und konnte das bezahlen. Ich bin sicher, ich hätte das nicht bezahlen können. Ich habe auch viel weniger ausgegeben. Aber das ist immer so. Das ist unterschiedlich ... (*Der Redner wendet sich Grossrat Reinhard zu. / L'orateur se tourne vers le député Reinhard.*) ... Ja, selbstverständlich hast du viel mehr ausgegeben als ich! Ich sage nicht, wie viel, aber du hast auf jeden Fall mehr ausgegeben, anders ist das gar nicht möglich bei all den Plakaten. Aber das spielt keine Rolle. Er konnte das sicher selber zahlen – warum darf er das nicht sagen?

Ich konnte meine 3000 Franken selber zahlen. Ich hatte einen Wahlkampf als Regierungsstatthalter, der mich 25'000, 28'000 Franken gekostet hat. 20'000 Franken davon habe ich selber bezahlt. Ich habe davor gespart. Das kann ich auch beweisen. 5000 Franken hat die Partei beigetragen, und der Rest waren kleine Spenden, die von anderen sind. Das wurde alles ausgewiesen, und ich konnte alles klarmachen. Wie viel kostet es, Nationalrat zu werden? Dafür reicht das nicht mehr. Oder wie viel kostet es, Regierungsrat zu werden? Da reicht das auch nicht mehr! Dafür müssten wir viel mehr investieren. Unser Kandidat für die Regierungsratswahlen – Casimir von Arx – hat wohl ein Budget von knapp 50'000 Franken. 30'000 kommen von der Partei, 10'000 von ihm selber, und wir

hoffen, den Rest über andere Spenden zu erhalten. So läuft das. Was ist dagegen ... – ich will doch wissen, wie viel die Gewerkschaften den Kandidierenden dort ... (*Er zeigt auf die Mitglieder der SP-PSA-JUSO-Fraktion. / Il montre du doigt les membres du groupe PS-JS-PSA.*) ... zahlen! Weil ich wissen will, wie das beeinflusst wird. Ich will wissen, wie viel die Arbeitgeberverbände zahlen. Ich will wissen, woher dieses Geld kommt. Es ist doch logisch, dass man das wissen darf. Ich sehe nicht ein, weshalb man das nicht will – ausser man hat etwas zu verstecken. Ich habe nichts zu verstecken. Aber wenn man etwas zu verstecken hat, ist man wohl gegen solche Vorschläge.

Die glp wird diese Motion in den Ziff. 1, 4, 5 und 6 als Postulat und in den Ziff. 3 und 4 als Motion unterstützen.

**Le président.** Ich werde die Anmeldungsliste nach Herrn Grossrat Costas Votum schliessen. Je donne la parole au groupe PLR par la voix de M. le député Costa.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP),** Fraktionssprecher. Herr Zaugg, ich möchte Sie schon bitten, ein bisschen durchzuatmen. Man kann sich mit den Argumenten selbstverständlich auseinandersetzen, aber persönliche Bemerkungen, die ein bisschen danach klingen, dass viel Geld grundsätzlich schlecht sei, die Bürgerlichen viel Geld hätten und die Linken und andere wenig, das dient der Sache nicht. Das dient ihr wirklich nicht.

Die FDP-Haltung ist gleich wie 2016 und 2018. Wir werden wie die Regierung diese Motion ablehnen. Sie gab allerdings in der Fraktion auch nicht allzu viel zu diskutieren, weil wir der klaren Meinung sind, dass diejenigen, die darlegen wollen, woher ihre Mittel kommen, das doch machen sollen. Man hat immer wieder gehört, dass das Wahlvolk und alle wissen wollen, woher das Geld kommt. Wenn man sich daraus einen Vorteil erhofft oder wenn man das Gefühl hat, das sei richtig, soll man es doch machen. Dann soll man es machen.

Postulate sehen wir in diesem Sinne auch nicht, 2018 gab es schon einmal einen Bericht. Ich sage es noch einmal: Die Meinungen dazu sind gemacht. Wir halten an unserer Position fest und lehnen diese Motion ab. Und Parteien sind in Gottes Namen Vereine – sie haben einen öffentlich-rechtlichen Aspekt, aber sind privatrechtliche Organisationen.

**Reto Müller, Langenthal (SP),** Einzelsprecher. Keine Angst, ich werde nicht persönlich, aber ich möchte mir doch recht herzlich bedanken für den Spitzbuben, den wir hier heute erhalten haben. Selbstverständlich ist klar, dass auf dem Spitzbuben deklariert ist, wer uns diesen geschenkt hat. Es steht drauf: EVP. Wenn ich als Konsument diesen Spitzbuben esse, dann weiss ich, die EVP steckt dahinter. Und ich gehe davon aus, dass die EVP das Gefühl hat, dass mich das dann an meine christlich-abendländischen Werte erinnert, und dass das etwas in mir bewegen soll. Sie können auch andere Beispiele nehmen. Das nennt sich auf Neudeutsch «Branded Content». Ich weiss nicht, wie viele hier in diesem Saal Instagram haben und dieses auch brauchen. Bei Instagram oder Facebook müssen Sie angeben, wenn Sie für etwas werben: «Bezahlte Werbepartnerschaft mit ...» – dann wird die Firma genannt.

Warum setzt man bei einem multinationalen Unternehmen wie Facebook – neuerdings heisst es Meta – solche Regeln um? Wenn man nicht deklariert, dass man bezahlt wurde, um auf diesen Kanälen Werbung zu machen, wird es gelöscht, dann ist das illegal. Warum machen sie das? Sie sind multinational. Es gibt Länder, die längst viel griffigere Gesetze haben. Die eben längstens, Roman, viel griffigere Gesetze haben, um gegen Korruption vorgehen zu können. Korruption ist natürlich ein hartes Wort, aber im Grunde geht es darum, dass wir Regeln definieren müssen – auch hier bei uns im Staat, wie wir mit diesen Sachen umgehen. Denn: Der Konsument, die Konsumentin will heute wissen, wer oder was hinter diesen Sachen steckt. Das ist ein Trend, der sich fortsetzen wird, und wir können uns hier nicht mehr lange irgendwie im Rahmen der traditionellen Schweizer Politikfinanzierung dagegen wehren. Man kann es deshalb im Sinne der EVP sagen: Frohe Weihnachten! Oder man kann es im Sinne von Mirjam sagen: Es werde Licht! – Stimmen Sie dem zu.

**Beat Schori, Bern (SVP),** Einzelsprecher. Also wir von der SVP haben von den Gewerkschaften noch nie Geld bekommen. Der Punkt 4 ist interessant, weil dort die Kandidierenden ihre Einkünfte

offenlegen und sagen müssen, woher sie ihr Geld bekommen. Bei mir wird es so sein, dass ich Ihnen meine AHV-Abrechnung präsentiere. Aber viel interessanter wird es eigentlich bei den Politikern werden, die von den Gewerkschaften hierhergeschickt werden. Ich nehme an, diese werden in Zukunft auch ihre Löhne deklarieren. Das wäre doch sehr interessant. Trotzdem bitte ich Sie, dieses Zeug, weil das relativ kompliziert und fast nicht durchführbar ist, alles abzulehnen.

**Carlos Reinhard, Thun (FDP)**, Einzelsprecher. Das ist ein persönliches Votum an Hannes Zaugg: Sein Votum enthielt Wörter wie «Korruption», und er hat auch gesagt, dass ich den Wahlkampf scheinbar über die Firma finanziere und so neben den Steuern vorbeifliessen lasse. Private Wahlkämpfe müssen privat finanziert werden. Das kann ich nicht über die Firma machen, das würde von der Steuerverwaltung nicht akzeptiert. Einfach nur, damit das hier richtiggestellt wurde. Wenn das ein Gemeindevertreter einer Gemeinde sagt, die von mir ziemlich viele Steuern kassiert hat, muss ich mich hier schon rechtfertigen.

**Alexander Feuz, Bern (SVP)**, Einzelsprecher. Ich fühle mich angesprochen. Wir in der Stadt Bern sind beglückt mit einem solchen Reglement zur Parteienfinanzierung. Ich muss sagen, dass die Politik nicht von dem Kandidaten bedroht ist, der von der Tante oder vom Onkel, der Frau oder der Freundin einen Beitrag erhält, um danach Wahlkampf zu machen. Gefährlicher sind die Leute, die das als Lobbyist oder als Interessenvertreter im Lohn enthalten haben, und die bezahlt sind, um hier in diesem Saal politisch tätig zu sein. Dort liegt eine viel grössere Gefahr.

Und dann noch etwas: In der Stadt Bern gibt es nun auch ein Wahlkomitee oder irgendein Komitee, das sich für eine Quartierinitiative einsetzt. Diese müssen jetzt auch alle Dinge offenlegen. Wenn also Luzius Theiler gegen irgendeine unsinnige Sache kämpft, dann muss das Komitee in Zukunft auch genau dokumentieren, wie das Geld zusammengesetzt ist. Dann kann man auch diese Regeln machen; ich glaube in Bern sind es 5000 Franken. Dann kann man diese stückeln und umgehen; dann haben Sie diese Umgehung.

Und dann etwas Weiteres: Die Stadt Bern muss dann das Ratssekretariat ausbauen, um zu prüfen, wie das Geld zusammengesetzt ist, und diese Untersuchungen machen. Ich bin der Meinung, das Ratssekretariat hat andere Aufgaben, als Kontrollfunktionen wahrzunehmen. Es geht um die grossen Linien; ich lehne diese Sache klar ab. Und Sie haben gesehen: Der Feuz hat nie einen teuren Wahlkampf gemacht. In den grossen Medien haben Sie von mir nie ein Zeitungsinserat gesehen. Es geht darum, persönlich zu werben. Lassen Sie den Weg offen. Machen Sie hier keine kontraproduktiven Dinge, die dann schlussendlich auch die Kleinen treffen. Die Grossen können es umgehen, und haben ganz andere Möglichkeiten. Lehnen Sie das ab.

**Roman Gimmel, Thun (SVP)**, Einzelsprecher. Ich wollte heute Morgen eigentlich helfen, das Tagesziel zu erreichen, nämlich um 15.55 Uhr noch zum Geschäft 105 zu kommen. Deshalb habe ich mein Votum relativ knackig, kurz und prägnant vorbereitet. Jetzt merke ich plötzlich: Es kann auch zu kurz und knackig sein, und die Rednerliste wird dadurch nicht kurz. Das tut mir leid. Es tut mir auch leid, dass mein Vergleich mit den Vereinen irgendwie etwas angestachelt und ein Bienennest getroffen hat – das habe ich so nicht antizipiert. Das war wirklich ein astreiner Vergleich, und ich wollte natürlich nicht noch irgendwelche Vereine in diese Debatte hineinziehen.

Es wurde heute Morgen schon gesagt, und ich möchte gerne unterstreichen und wiederholen: Wir tun heute Morgen seit 40 Minuten so, als seien die Bürgerlichen und die Wirtschaft die Intransparenenten. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass es in diesem Spätsommer und Früherbst mehrere Artikel in der Sonntagspresse gab, die gezeigt haben, dass das grosse Geld möglicherweise auch in den «Kässeli» der Gewerkschaften liegt. Dort müssten wir dann natürlich auch hinschauen. Meine Worte an die Mehrheit, die es nachher geben wird: Überlegen Sie sich einfach, welche Konsequenzen das Drücken des Knopfes möglicherweise für Ihre Seite haben kann.

Das ist zwar nicht auf der kantonalen Ebene, aber die Konzernverantwortungsinitiative ist vielleicht auch noch ein Stichwort, das ich hier in meiner Replik anfügen darf. Es wäre vielleicht auch interessant gewesen, woher eigentlich all die Fähnchen kamen. Seien Sie sich einfach bewusst, dass das Ganze dann vielleicht auch ein bisschen ein Bumerang ist.

Und zuletzt noch ein Wort an meinen cher compatriote Hannes Zaugg: Wir verstehen uns normalerweise wunderbar und streiten nicht hier, sondern bei einem Bier. Das soll auch weiterhin so sein. Aber noch an dich gerichtet: Du darfst von mir aus jederzeit überall freiwillig sagen, was du wie und wo aus gibst. Auf freiwilliger Basis! Wenn du Erfolg hast damit und deine Klientel das so braucht, darfst du sicher so weitermachen. (*Heiterkeit / Hilarité*)

**Le président.** Je laisse encore la parole à M. le député Zaugg.

**Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Einzelsprecher.** Ich glaube nicht, dass meine Klientel das braucht. Aber ich glaube, dass das sehr viele Leute gerne hätten. Lieber Carlos, ich habe in meinem Votum tatsächlich das Wort Korruption gebraucht und irgendwann später deinen Namen. Es tut mir leid, wenn das so angekommen ist bei dir, dass es eine Verbindung gibt. Aber du hast zu wenig gut zugehört. Ich habe nie gesagt, *nie*, dass du das über deine Fima ... (*Zwischenrufe aus dem Saal / Exclamations dans la salle*) ... Nein, sorry! Einfach nicht. Ich habe das nicht gesagt! (*Der Präsident bittet den Redner, sich zu beruhigen. / Le président demande à l'orateur de se calmer.*) Ich habe gesagt, du seiest ein erfolgreicher Unternehmer und dass du das bezahlen kannst. Ich habe nur diesen Vergleich gemacht und gesagt, dass du mehr ausgegeben hast als ich. Das ist doch völlig in Ordnung. Aber ich habe nichts von Steuern oder so gesagt. Gar nicht. Du hast dort etwas impliziert, was ich nie, nie gesagt habe. Das habe ich auch nie gemeint, das ist völlig sauber. Ich mache einfach einen Vergleich, weil ich das hier machen kann, weil wir im gleichen Wahlkreis sind und weil ich weiss, wie viel das kostet. Andere haben mehr ausgegeben als du und wurden nicht gewählt. Man darf das auch nicht überbewerten. Aber ich möchte nicht, dass hier falsche Dinge gesagt werden. Du kannst das dann nachlesen – ich habe das nie so gesagt. Hören Sie gut zu!

**Le président.** Voilà, Messieurs et Mesdames, ce sont des sujets émotionnels, j'aimerais bien que nous gardions un certain niveau de débat dans cet hémicycle. La parole n'est plus demandée, je laisse M. le chancelier d'Etat se prononcer.

**Christoph Auer, Staatsschreiber.** Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diese Motion abzulehnen, in allen Punkten – auch die in ein Postulat umgewandelten Punkte.

Hauptsächlich natürlich deshalb, weil diese Debatte ja vor relativ kurzer Zeit, im Herbst 2018, bereits geführt wurde. Der Regierungsrat hat damals einen Bericht zu einem überwiesenen Postulat, das heute schon erwähnt wurde, präsentiert, und die Möglichkeiten aufgezeigt. Was sind Vor- und Nachteile? Was sind die Schwierigkeiten? Was sind die Risiken? Wie sieht es aus? Er kam dort zum Schluss, dass die Risiken oder die Schwierigkeiten überwiegen. Das Parlament ist dem Regierungsrat gefolgt und hat eine Planungserklärung abgelehnt, die Transparenz schaffen wollte. Für den Regierungsrat war deshalb klar, wie seine Haltung ist und wie er sich hier positionieren soll.

Das Hauptargument war damals – und das Hauptargument ist auch heute wieder: Wenn es möglich wäre, um beim Beispiel von Mirjam Veglio zu bleiben, mit verhältnismässigem Aufwand Licht zu schaffen, dann wäre das eine gute Sache. Aber die Gefahr ist gross, dass wir nicht einen Lichtschalter, sondern eine Lichtmaschine bauen müssen, die im Betrieb relativ aufwendig und teuer ist. Diese Lichtmaschine wird am Ende die Winkel und Ecken des Hauses eben gerade nicht ausleuchten. Diese Gefahr ist relativ gross.

Roman Gimmel hat es richtig gesagt: Es ist eine Maschinerie, die man hier halt aufbauen muss. Es sind über 2000 Kandidierende bei den Grossratswahlen, die administriert werden müssen. Das ist eine neue Aufgabe, die der Kanton Bern bis jetzt nicht hat. Für die Regierung ist die Anhandnahme einer neuen Aufgabe immer sehr sorgfältig zu überlegen. Ist es der richtige Zeitpunkt? Soll man diese Aufgabe jetzt an die Hand nehmen? Wir sind nicht ein Kanton, der leicht sagen kann: «Ja, schaffen wir doch in der Staatskanzlei einfach zwei neue Transparenz-Administrationsstellen und warten ab, ob das etwas bringt.» Der Regierungsrat ist diesbezüglich vielmehr etwas vorsichtiger.

Die Beispiele der Kantone, die das bereits haben – das haben wir in diesem Bericht ja untersucht –, haben uns auch ein wenig ernüchtert. Wir haben festgestellt, dass die Listen, die dort geführt werden, praktisch von niemandem angeschaut werden. Das interessiert eigentlich am Schluss gar nicht

so. Es ist nicht gut, wenn der Staat ein Symbolgesetz macht, eine Gesetzgebung macht, die zwar vorgibt, das Problem zu lösen, dieses aber am Ende nicht richtig fassen kann und es nicht interessiert.

Die Situation heute ist anders als vor drei Jahren. Heute beschreiten verschiedene Kantone diesen Weg, der Bund beschreitet diesen Weg, und der Kanton Bern könnte jetzt gut die Haltung einnehmen zu sagen: «Okay, schauen wir doch, wie sich das bewährt, und wie sich diese Bundesregelung einspielt. Evaluieren wir das, und vielleicht zieht der Kanton Bern in drei, vier oder fünf Jahren nach.» Vielleicht müssen wir dann auch feststellen, dass dies kein guter Weg ist und es einen besseren Weg gibt. Auch vor diesem Hintergrund ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Entscheidung, die im Jahr 2018 gefällt wurden, immer noch richtig sind, und dass Sie auch diese Motion ablehnen sollten.

**Le président.** La parole est encore à Mme la députée Marti.

**Ursula Marti, Bern (SP), Motionärin.** Vielen Dank für die Diskussion. Ich möchte kurz auf das reagieren, was jetzt gerade vom Staatsschreiber gesagt wurde. Es ist richtig: Wir haben dies vor drei Jahren diskutiert, aber es war ja nicht so, dass Sie das abgelehnt haben. Im Gegenteil, Sie haben ja das Postulat eben überwiesen und es war eigentlich schon vor drei Jahren die Meinung da, dass man das eben in einem positiven Sinn prüfen soll. Es war denn etwas enttäuschend, dass diese Prüfung vorgenommen wurde, man es aber ablehnte, weiterzugehen.

Ausserdem ist seit 2018 ja auch wirklich Wesentliches passiert. Auf Bundesebene und in anderen Kantonen wurde eine Regelung eingeführt. Das zeigt ja eben auch, dass es möglich ist und man auch nicht einen Riesenaufwand betreiben muss. Andere können es, dann können wir es auch, denke ich. Ausserdem ist eine grosse Offenheit da, indem eben vier von diesen sechs Punkten hoffentlich als Postulat überwiesen werden. Die Regeln werden wir schlussendlich hier im Parlament effektiv beschliessen, weil das dann eine Gesetzesvorlage ist.

Und einfach noch einmal: Es geht wirklich nicht um kleine Beträge. Es ist auch nicht ein rechtes oder ein linkes Thema. Ich denke, es gibt rechts und links Leute, welche die Möglichkeit haben, Wahlspenden zu generieren oder eben auch nicht. Es ist auch wichtig, dass auf linker Seite Transparenz herrscht. Das richtet sich also wirklich absolut auf alle Seiten. Vielen Dank – hoffentlich! – für Ihre Unterstützung.

**Le président.** Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 63 de l'ordre du jour. Je rappelle que les chiffres 1, 4, 5 et 6 ont été transformés en postulat et que les chiffres 2 et 3 sont maintenues sous la forme d'une motion.

Les député-e-s qui acceptent le chiffre 1 sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

### **Abstimmung / Vote**

2021.RRGR.85: Ziff. 1, als Postulat / ch. 1, sous forme de postulat

#### **Annahme / Adoption**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Ja / Oui                | 76 |
| Nein / Non              | 66 |
| Enthalten / Abstentions | 0  |

**Le président.** Vous avez accepté le chiffre 1 de cette intervention sous la forme d'un postulat.

Le chiffre 2 est maintenu sous la forme d'une motion : celles et ceux qui acceptent cela votent oui, celles et ceux qui le refusent votent non.

**Abstimmung / Vote**

2021.RRGR.85: Ziff. 2 / ch. 2

**Annahme / Adoption**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Ja / Oui                | 77 |
| Nein / Non              | 67 |
| Enthalten / Abstentions | 0  |

**Le président.** Vous avez accepté le chiffre 2 sous la forme d'une motion.

Le chiffre 3 est également maintenu sous la forme d'une motion : celles et ceux qui acceptent cela votent oui, celles et ceux qui le refusent votent non.

**Abstimmung / Vote**

2021.RRGR.85: Ziff. 3 / ch. 3

**Annahme / Adoption**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Ja / Oui                | 77 |
| Nein / Non              | 67 |
| Enthalten / Abstentions | 0  |

**Le président.** Le chiffre 3 est accepté sous la forme d'une motion.

Le chiffre 4, sous la forme du postulat : les député-e-s qui acceptent cela votent oui, celles et ceux qui refusent votent non.

**Abstimmung / Vote**

2021.RRGR.85: Ziff. 4, als Postulat / ch. 4, sous forme de postulat

**Annahme / Adoption**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Ja / Oui                | 76 |
| Nein / Non              | 68 |
| Enthalten / Abstentions | 0  |

**Le président.** Vous avez accepté le chiffre 4 sous la forme d'un postulat.

Le chiffre 5 sous la forme d'un postulat : celles et ceux qui acceptent votent oui, celles et ceux qui refusent votent non.

**Abstimmung / Vote**

2021.RRGR.85: Ziff. 5, als Postulat / ch. 5, sous forme de postulat

**Annahme / Adoption**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Ja / Oui                | 76 |
| Nein / Non              | 68 |
| Enthalten / Abstentions | 0  |

**Le président.** Vous avez accepté le chiffre 5 sous la forme d'un postulat.

Dernier chiffre, chiffre 6, sous la forme d'un postulat : celles et ceux qui l'acceptent votent oui, celles et ceux qui le refusent votent non.

### ***Abstimmung / Vote***

2021.RRGR.85: Ziff. 6, als Postulat / ch. 6, sous forme de postulat

#### **Annahme / Adoption**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Ja / Oui                | 76 |
| Nein / Non              | 68 |
| Enthalten / Abstentions | 0  |

**Le président.** Vous avez également accepté ce chiffre sous la forme d'un postulat.